



Zeitschrift für
Religions- und
Weltanschauungsfragen
81. Jahrgang

9/18

**Das Stuttgarter Gospel Forum
Analyse des Internetauftritts**

**Universelles Leben
Aktivitäten im Zeichen des Übergangs**

**Religiöse Identität
in einem „Staat ohne Gott“**

Stichwort: Ideologie / Ideologiekritik

Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

IM BLICKPUNKT

Hans Peter Weiß-Trautwein

Die öffentliche Selbstinszenierung des Gospel Forums

Analyse des Internetauftritts der Stuttgarter Gemeinde

323

BERICHTE

Matthias Pöhlmann

Die inkarnierte Sophia

Aktivitäten des Universellen Lebens im Zeichen des Übergangs

334

Hanna Fülling

Religiöse Identität in einem „Staat ohne Gott“

Debatten um Kreuzerlass und Neutralitätsgesetz zeigen gesellschaftliche Konfliktlinien auf

339

INFORMATIONEN

Gesellschaft

Extremismus in Deutschland – der Verfassungsschutzbericht 2017

344

Jüdische Organisationen veröffentlichen Grundsatzklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus

345

Satirische Kurzfilme der Bundeszentrale für politische Bildung zu Verschwörungstheorien

347

Buddhismus

Rat der DBU stellt sich neu auf

347

Interreligiöser Dialog

„Meister, Gurus und Heilige. Über Autorität und Anleitung im Glauben“ – eine Podiumsdiskussion

349

In eigener Sache

Die EZW auf Twitter und neues Informationsportal „Psychoszene“

351

STICHWORT

Ideologie / Ideologiekritik

351

BÜCHER

Liane Bednarz

Die Angstprediger

Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern

356

Anstieg ist mit dem G20-Gipfel in Hamburg zu erklären – denn allein in Hamburg wurden im Jahr 2017 832 Gewalttaten begangen. Allerdings stellt der Verfassungsschutz auch insgesamt einen Anstieg des Personenpotenzials im Linksextremismus um 3,4 % auf 29 500 Personen fest und klassifiziert 9000 dieser Personen als gewaltbereit.

Im Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität – religiöse Ideologie“ wurden im Berichtszeitraum 907 extremistische Straftaten erfasst. 885 dieser Delikte weisen laut Verfassungsschutzbericht einen islamistisch-fundamentalistischen Hintergrund auf. Zudem gab es einen islamistisch-terroristisch motivierten Anschlag in Hamburg. Das Personenpotenzial des Phänomenbereichs „Islamismus“ schätzt der Verfassungsschutz auf 25 810. Ein Anstieg lasse sich vor allem im salafistischen Milieu verzeichnen. Zugleich wird beim Salafismus ein deutlicher Rückzug aus der Öffentlichkeit ins Private beobachtet, was etwa durch das Verbot der öffentlich sichtbaren Straßenmissionierung mittels Koranverteilungsaktionen der Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR) erklärt wird.

Als fünften Bereich der politisch motivierten Kriminalität erfasst der Bundesverfassungsbericht den Bereich „Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern“, in dem Organisationen gelistet werden, die Ideologieelemente aus dem Rechts- und Linksextremismus verbinden und zum Teil separatistische Bestrebungen aufweisen. Die für die innere Sicherheit Deutschlands besonders relevanten Organisationen seien die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) sowie die „Ülkücü-Bewegung“. Insgesamt schätzt der Verfassungsschutz das Personenpotenzial extremistischer Ausländerorganisationen im Jahr 2017 auf 18 050 Linksextremisten, 1500 Separatisten und 11 000 Rechtsextremisten.

Mit dem Extremismus verbinden sich zudem ein zunehmender Antisemitismus und eine wachsende Israelfeindlichkeit. Antisemitismus ist laut Verfassungsschutzbericht ein Merkmal sämtlicher islamistischer Organisationen in Deutschland. Er ist zudem ein charakteristischer Aspekt aller Beobachtungsobjekte aus dem rechtsextremistischen Spektrum, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden. Die Beobachtungsobjekte des linksextremistischen Spektrums beschreibt der Verfassungsschutz hingegen nicht als durch Antisemitismus und/oder Israelfeindlichkeit geprägt.

Horst Seehofer bewertet die sicherheitspolitische Situation in Deutschland im Vorwort des Berichts insgesamt als eine Herausforderung für die Demokratie, die in unserem föderalen Verfassungsstaat „einen harmonisierten Rechtsrahmen für die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes mit wirksamen Befugnissen“ erfordere, denn „Bereiche unterschiedlicher Sicherheit und blinde Flecken“ könne man sich nicht erlauben.

Hanna Filling

Jüdische Organisationen veröffentlichen Grundsatzerklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus.

Nachdem in Berlin am Abend des 7. Juli 2018 zehn Syrer einen jüdischen Landsmann zusammengeschlagen hatten, veröffentlichte das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) am 9. Juli eine Grundsatzerklärung zum Antisemitismus, welche die Politik mit konkreten Vorschlägen und Forderungen in die Pflicht nimmt (<https://jfda.de/blog/2018/07/09/grundsatzerklaerung>).

Wie schon im April 2018, beim letzten bekanntgewordenen Vorfall, damals im biederwohlabenden Stadtteil Prenzlauer Berg, fand auch diese Attacke inmitten Berlins statt. Auslöser war offenbar ein Davidstern an einer Halskette. Die Zeiten, in

denen Juden nur davor gewarnt wurden, mit Kippa durch muslimisch dominierte Stadtteile zu gehen, sind offenbar vorbei. Gewalt aus Judenhass ist überall möglich, die hauptsächliche Tätergruppe aber bleibt gleich. Diesmal nahm die Polizei eine zehnköpfige Gruppe von Syrern, darunter drei Frauen, fest und ließ sie nach der Personalienfeststellung wieder frei. Das Opfer wurde ambulant im Krankenhaus behandelt. In jüngerer Zeit waren mehrere antisemitische Vorfälle an Berliner Schulen bekannt geworden. JFDA-Sprecher Levi Salomon rief schon nach dem Vorfall im April auch Nichtjuden dazu auf, eine Kippa als Zeichen der Solidarität zu tragen.

Die neue Grundsatzerklärung des JFDA wurde von zahlreichen jüdischen Organisationen und Gemeinden sowie Einzelpersonen unterzeichnet, darunter der Grünen-Politiker Volker Beck und der Antisemitismusforscher Günther Jikeli. Im Internet steht die Erklärung weiteren Unterzeichnern offen.

Diese versteht sich als Beitrag zu einer „nachhaltigen Strategie“ gegen Antisemitismus. Demnach sollten die Erfahrungen der Opfer antisemitischer Beleidigungen, Bedrohung und Gewalt ernster genommen werden als bisher und in die Lagebeurteilungen der Behörden Eingang finden – offenbar sehen die Verfasser hier Defizite. Antisemitismus, heißt es weiter, sei ein Angriff nicht nur auf Juden, sondern auf das ganze freiheitlich-demokratische Gemeinwesen, gehe also alle an. Er dürfe auch nicht einfach als eine Unterkategorie von anderen Formen der Diskriminierung wie „Rassismus“ aufgefasst oder zum Beispiel mit Muslimfeindlichkeit zusammengeworfen werden. Für eine Kultur freiheitlichen, friedlichen, demokratischen Zusammenlebens, so die Verlautbarung schließlich, genügen Gesetze und Verfassungstexte nicht. Vielmehr müsse der soziale Zusammenhalt durch normenorientierte Symbole, Rituale

und Konventionen ausgedrückt und damit gefördert werden.

Die Erklärung richtet sich an Bundesministerien und Landesregierungen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, parteinahe politische Stiftungen sowie Wissenschaftler. Hauptadressat soll aber der neue Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, sein.

Konkret wird etwa verlangt, dass für eine staatliche Zusammenarbeit mit religiösen Verbänden künftig ein vorheriges Bekenntnis gegen Antisemitismus zu fordern sei. Dies wird in den Medien als Kritik an staatlicher Kooperation mit problematischen muslimischen Organisationen gelesen, insbesondere an der Anwesenheit zweier vom Verfassungsschutz beobachteter islamischer Organisationen im Beirat des neuen Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

In Kommentaren der Verfasser zu dem Text reden diese nicht um den heißen Brei herum. JFDA-Vorsitzende Lala Süsskind in der Jüdischen Allgemeinen Zeitung (9.7.2018): „Ich erwarte, dass die Bundesregierung und die Landesregierungen auch den Antisemitismus unter Muslimen als solchen ernst nehmen.“ Der verbreiteten Verharmlosung des muslimischen Antisemitismus, weil dessen öffentliche Diskussion zu Islamophobie führen könne, erteilt sie eine Absage: „Relativierungen, die den islamistischen Antisemitismus verharmlosen, verhindern die Instrumentalisierung des muslimischen Antisemitismus durch Muslimfeinde nicht. Aber sie schaden einer wirksamen Bekämpfung des Antisemitismus und wirken auf die Opfer wie Hohn.“ Der politische Koordinator des JFDA, Carl Chung, sekundierte: „Unter Muslimen ist Antisemitismus offenbar weiter verbreitet als im Durchschnitt der Gesamtgesellschaft. Das muss man sagen können, ohne des ‚Muslim Bashing‘ bezichtigt zu

werden“ (Deutschlandfunk, 9.7.2018). In europäischen Nachbarländern, wo die Lage noch gravierender ist, denkt laut Umfragen inzwischen ein großer Teil der Juden mehr oder weniger konkret über Auswanderung nach. Dazu der Berliner jüdische Musiker und Mitunterzeichner der Erklärung, Andrej Hermlin: „Ich sitze nicht gerade auf gepackten Koffern, aber ich hab’ vorgesorgt. Ich hab’ mein Haus in Kenia“ (ebd.).

Kai Funkschmidt

Satirische Kurzfilme der Bundeszentrale für politische Bildung zu Verschwörungstheorien. Die Mondlandung, die Ermordung von John F. Kennedy, der 11. September oder sogenannte Chemtrails – das sind nur einige der Themen, um die sich Verschwörungstheorien ranken. Diese sind keine Randerscheinung, sie werden nicht nur von einigen besonders extremen Paranoikern propagiert, sondern sie sprechen eine breite Bevölkerungsschicht an, da sie hoch komplexe Phänomene durch klar identifizierbare Verantwortliche und eindeutige Motive zu erklären beanspruchen. Durch diese Eigenschaften werden sie für viele Menschen attraktiv. Das Tückische an Verschwörungstheorien ist, dass sie in der Regel nicht einfach widerlegt werden können. Denn widersprechende Beweise und Argumente werden ins Gegenteil gewendet und als Bestätigung für die Verschwörung interpretiert (vgl. MD 10/2014, 393-396; 7/2018, 243-252). Wie also kann die politische Bildungsarbeit einem solchen Phänomen begegnen?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat Satire als Bearbeitungsstrategie von Verschwörungstheorien ausgemacht und einen Online-Kanal „Wahre-Welle TV“ entwickelt, in dem fiktive Inhalte publiziert werden. In der Pressemitteilung erläutert die bpb, dass es die Idee des Projekts sei, „auf niederschwellige Weise ein

medienpädagogisches Angebot zu entwickeln, das die Logik von Verschwörungstheorien aufzeigt und die oftmals abstrusen Argumentationen aufdeckt“. Die satirische Überspitzung wird als Methode gewählt, um die Medienkompetenz der Nutzer zu stärken „und die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit politischen Themen im Netz zu fördern“.

Das Konzept wird auf der Website www.wahrewelle.tv etwa mit dem Video „Such den Sündenbock“ umgesetzt. Es verspricht, für jedes komplizierte Problem eine einfache und überzeugende Lösung zu finden. Ein weiteres Video, „Frontal 23“, wirbt mit „Nachrichten hinter den Nachrichten“, und der Beitrag „Wahrheit erklärt“ beansprucht, einfach alles zu erklären, die Augen der Zuschauer zu öffnen und ihren Verstand in ungeahnter Weise weiterzuentwickeln. Die Videos werden mit einem Slogan der bpb beschlossen, der die Leser zur Bildung auffordert: „Lass Dir keinen Scheiß erzählen. Wer Wissen will, braucht Bildung.“ Getreu diesem Motto stellt die Bundeszentrale zahlreiche Hintergrundinformationen auf ihrer Website bereit (<http://www.bpb.de/wahrewelle>).

Hanna Fülling

BUDDHISMUS

Rat der DBU stellt sich neu auf. (Letzter Bericht: 8/2018, 307f) Der Rat der Deutschen Buddhistischen Union (DBU) hat sich personell verändert. Als neuer erster Vorsitzender wurde der Berliner Rechtsanwalt Martin Hage gewählt, bisher Vizevorsitzender und in der DBU insbesondere mit Strukturfragen und der Anerkennung der DBU als Körperschaft des öffentlichen Rechts befasst. Gunnar Gantzhorn war als Sprecher und erster Vorsitzender des Rates zurückgetreten. Diese Entscheidung beruhe „in erster Linie auf gesundheitlichen und familiären Gründen“,